

STADT NORDEN

Sitzungsvorlage	Wahlperiode 2011 - 2016	Beschluss-Nr: 0567/2013/3.3	Status öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Barrierefreiheit von Verbindungswegen; Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen, vom 06.05.2013			
<u>Beratungsfolge:</u>			
30.05.2013	Umwelt- und Energieausschuss		öffentlich
06.06.2013	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Herr Wiske		<u>Organisationseinheit:</u> Umwelt und Verkehr	

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag wird in dem nachfolgend formulierten Umfang entsprochen:

1. Die Verkehrsbehörde / Verwaltung wird mit der Durchführung der in der Sach- und Rechtslage beschriebenen Maßnahmen beauftragt. Dabei sind sämtliche im Stadtgebiet vorhandenen Wegesperren entsprechend zu behandeln.
2. Über die Wegnahme einzelner Wegesperren entscheidet die Verkehrsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen sowie im Einvernehmen mit der Polizei. Dabei sind die schutzwürdigen Interessen der Anlieger sowie die Belange der Verkehrssicherheit ausreichend zu berücksichtigen.

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Finanzen

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/>	Betrag: _____ €
	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
Hh-Mittel stehen im Haushaltsjahr 201 zur Verfügung	Ja <input type="checkbox"/>	Produkt-Nr.: _____
	Nein <input type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
Folgejahre	Ja <input type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein <input type="checkbox"/>	
Folgekosten einschl. Abschreibungen/Sonderp.	Ja <input type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein <input type="checkbox"/>	
Außerordentl. Aufwend./ Erträge (z.B. Verkauf unter/über Restwert)	Ja <input type="checkbox"/>	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein <input type="checkbox"/>	
Hat diese Entscheidung konsolidierende Wirkung für den Haushalt?	Ja <input type="checkbox"/>	(welche? s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein <input type="checkbox"/>	

Personal

Personelle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/>	_____
		(s. ggfls. auch Erläuterungen in der Sach- und Rechtslage)
	Nein <input type="checkbox"/>	

Strategische Ziele

1. Wir positionieren Norden als Wirtschafts- und Tourismusstandort unter Nutzung der vorhandenen Stärken.
 2. Wir entwickeln die Stadtverwaltung von einem Dienstleister zu einem Impulsgeber für das Gemeinwesen.
 3. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement und Eigenverantwortung für die Entwicklung der Stadt.
 4. Wir schaffen positive Lebensperspektiven für alle Altersgruppen und sichern die Lebensqualität durch eine gute soziale Infrastruktur und ein bedarfsorientiertes Bildungsangebot für Jung und Alt.
 5. Wir bieten und erhalten die Natur- und Kulturlandschaft und sichern diese durch nachhaltige Konzepte.
 6. Wir stärken Norden als Mittelzentrum.
- (Bitte ankreuzen, welchen Zielen die vorgeschlagene Maßnahme dient; bei Bedarf ggfls. in der Sach- und Rechtslage gesondert erläutern.)
- Was wollen wir mit dieser Entscheidung erreichen? (Kurze Beschreibung des Ziels)
Verbesserung der Wegeinfrastruktur für Mobilitätseingeschränkte Personen und Radfahrer.
- Andere Ziele:

Sach- und Rechtslage:

Die Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 06.05.2013 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt und schlägt vor, dass der Rat unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Öffnung von Wegeverbindungen beschließen möge. Dabei soll die im Antrag erfolgte Auflistung von Wegeverbindungen nur beispielhaft sein, so dass letztlich alle Verbindungswege angesprochen sind, bei denen mittels sogenannter Absperrbügel bzw. Poller eine freie Durchfahrt erschwert wird.

Begründet wird der Antrag damit, dass alle Bürger die Möglichkeit erhalten sollen, alle Wege uneingeschränkt befahren zu können. Barrieren stellen im tagtäglichen Leben eine Bewegungseinschränkung dar.

Insbesondere den Interessen der Personengruppe der Mobilitätsbehinderten und Fahrradfahrer sowie Personen mit Rollator, Rollstuhl breiten Kinderwagen und Radfahrern auch mit Anhängern, soll mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen entsprochen werden.

Seitens der Verwaltung wurde der Antrag an den Radverkehrsbeauftragten der Stadt mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Von ihm wurde die ebenfalls in der Anlage beigefügte Stellungnahme vom 15.05.2013 abgegeben. Zudem ist der Antrag in der Arbeitsgruppe Radverkehr beraten worden.

Die Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten sieht zusammenfassend in allen im Antrag genannten Fällen eine Entfernung der den Durchgang, bzw. die Durchfahrt, beeinträchtigenden Wegsperrn vor, da die jeweiligen Örtlichkeiten aus seiner Sicht keine Gefahrenstellen in sich bergen.

In der AG-Radverkehr wurde das Thema kontrovers diskutiert, zumal die Wegesperren auch nicht ohne Grund installiert worden sind. Von den Vertretern der Verwaltung sowie den Kollegen der Polizei wurde insbesondere auf beklagte Verkehrsverstöße verwiesen, die in den einzelnen Fällen zum Aufstellen der Wegesperren geführt haben. Tatsache ist, dass sich bestimmte Verkehrsteilnehmer, allein von einer entsprechenden Verbotsschilderung, nicht davon abhalten lassen, Verbindungswege z. B. auch mit motorisierten Zweirädern zu befahren. So werden seitens der Verwaltung im Falle einer vollständigen Entfernung aller Wegesperren entsprechende Beschwerden von ggfs. betroffenen Anliegern erwartet.

Die Arbeitsgruppe hat daher empfohlen, unter Einbeziehung des Behindertenbeauftragten sowie des Radverkehrsbeauftragten, Fahrversuche mit einem Rollstuhl und einem Fahrrad mit Anhänger zu unternehmen. Dabei soll festgestellt werden, wie die Wegesperren idealerweise aufgestellt werden müssen (Abstand, Versatz usw.), um eine bequeme Passage der angesprochenen Wegennutzer zu ermöglichen. Dabei soll gleichzeitig die Erforderlichkeit der jeweiligen Wegesperre im Einvernehmen mit der Polizei erneut kritisch begutachtet werden. Soweit bauliche Veränderungen im Bereich der verbleibenden Sperrn erforderlich sind, z. B. Abstandsveränderung oder Verbreiterung der befestigten Wegefläche (um ein Kippen von Rollstühlen beim Umfahren der Sperrn zu verhindern), sollen die Arbeiten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Budgets des zuständigen Fachdienstes umgesetzt werden.

Es wird daher empfohlen, den formulierten Beschluss zu fassen.

Anlagen:

1. **Antrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen, vom 06.05.2013.**
2. **Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten, vom 15.05.2013.**